

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Stadtrates vom Dienstag, 28. Juli 1998

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister W. Brilmayer
Schriftführerin: Pflieger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried (ab 20.00 Uhr), die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Platzer, Portenlänger, Seidinger und Will sowie die Stadträte Abinger, Berberich, Geislinger, Heilbrunner, Krug, Mühlfenzl, Ostermeier, Riedl, Schechner, Schuder, Schurer und Spötzl.

Entschuldigt fehlten Stadträtin Luther und die Stadträte August, Lachner und Reischl.

Stadtbaumeister Wiedeck (bis 22.00 Uhr) und Herr Deierling (19.45 Uhr bis 20.00 Uhr) nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 1

Ehrung von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren
öffentlich

Bürgermeister Brilmayer sprach Herrn August Paul und Herrn Josef Heilbrunner seinen Dank und seine Anerkennung für ihre 40jährige Mitgliedschaft bei der Freiwilligen Feuerwehr Ebersberg aus. Er würdigte ausdrücklich ihren idealistischen, ehrenamtlichen Einsatz zum Wohle aller Ebersberger Bürger, für den sie überaus zahlreiche Freizeitstunden opferten.

Zum Dank überreichte er beiden die große Silbermünze der Stadt Ebersberg und in Würdigung ihrer besonderen Verdienste eine Bronzeplakette mit dem Wappen der Stadt.

TOP 2

Gründung eines Jugendbeirats Ebersberg;
Bericht über den Sachstand
öffentlich

Im Anschluß an das diesjährige Jugendforum entstand sich eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Jugendlichen der Stadt, die sich die Bildung eines Jugendbeirates zum Ziel setzten. In sieben Arbeitssitzungen entwickelten sie Vorschläge für die Gründung und spätere Gestaltung des Beirates, die sie in dieser Sitzung dem Stadtrat vorstellen wollten. Hierzu waren Nicole Werner, Susanna Ivankovic, Anna Büttner, Bärbel Niedermeier und Sabine Pletzer anwesend.

Bevor die Jugendlichen ihr Konzept darlegten, wies Bürgermeister Brilmayer daraufhin, daß in der heutigen Sitzung keine Details zur Gestaltung und zu den Möglichkeiten eines evtl. Jugendbeirats diskutiert werden sollten, sondern daß der Stadtrat lediglich aufgefordert sei, seine grundsätzliche Einstellung zu einem solchen Projekt zu formulieren und so u.U. ein Signal als Motivation für die Jugendlichen zu geben.

Die fünf Jugendlichen erläuterten nun dem Stadtrat ihre im Folgenden dargestellten Vorstellungen im Einzelnen:

Die Wahl zum Jugendbeirat findet beim Jugendforum im Herbst statt; alle Ebersberger Jugendlichen zwischen 12 und 21 Jahren besitzen aktives und passives Wahlrecht; die Einladung zum Jugendforum ist gleichzeitig der Wahlschein. Aus Vertretern des KJR, des Jugendamtes und der Stadt wird ein Wahlausschuß gebildet.

Der Jugendbeirat wird jeweils zu Beginn des Schuljahres neugewählt. Er besteht aus neun Mitgliedern, davon mindestens je vier Frauen und Männer. Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine(n) Vorsitzende/n, eine(n) PressesprecherIn und einen Kassenwart

Im Rahmen eines Einführungsseminars erarbeitet sich der Beirat eine Geschäftsordnung, wobei mindestens alle zwei Monate, bei Bedarf häufiger, eine Beiratssitzung vorgesehen werden soll, die grundsätzlich öffentlich stattfindet und an der der Stadtjugendpfleger teilnehmen sollte.

Folgende Aufgaben soll der Jugendbeirat übernehmen:

a) Interessenvertretung aller Jugendlichen im Stadtgebiet

Regelmäßige Sprechstunden
 Ansprechpartner bei Problemen
 Unterstützung von Eigeninitiativen
 Öffentliche Jugendbeiratssitzungen
 Teilnahme an Sozialausschuß- und Stadtratssitzungen

b) Umsetzung von Ideen

Planung und Organisation von Veranstaltungen
 Unterstützung von Eigeninitiativen
 Zusammenarbeit mit dem Jugendpfleger
 Aufgreifen von Ideen und Wünschen

c) Mitbestimmung

Organisation und Durchführung des Jugendforums
 Stellungnahme zu jugendrelevanten Themen im Stadtgebiet
 Jugendvertreter im Stadtrat

Zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt der Jugendbeirat Unterstützung von verschiedenen Seiten:

a) Unterstützung von der Ebersberger Jugend

b) Unterstützung vom Stadtrat

Einladungen und Unterlagen zu Stadtratssitzungen
 Möglichkeit Tagesordnungspunkte vorzuschlagen
 Schnelle und unbürokratische Entscheidungen bei Jugendthemen
 Mitspracherecht bei allen Themen, die Jugendliche betreffen
 Anerkennung und Akzeptanz der Entscheidungen des Jugendbeirates

- c) Unterstützung von der Stadtverwaltung Terminkoordination
Weiterleitung von Unterlagen
Unbürokratische Hilfestellung
Unterstützung und Beratung vom Stadtjugendpfleger
- d) Finanzen
Eigener Haushaltstitel mit 2000,- DM pro Jahr
(für Verwaltungskosten, Porto, Telefon, Anschaffungen, Organisation von Veranstaltungen)
Besondere Aktionen werden extra beantragt
- e) Arbeitsmittel:
Büro, Schreibtisch, Telefon, Sitzgelegenheit, Platz für Aktenordner

Der Stadtrat war sich einig in der positiven und aner kennenden Beurteilung des freiwilligen Engagements der anwesenden Jugendlichen, das zur Gründung eines Ebersberger Jugendbeirates führen soll. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß mit dem Jugendbeirat ein Instrument entstehen könne, das den Jugendlichen das Einbringen eigener Ideen und auf diese Weise kommunalpolitisches Wirken und Mitbestimmung ermöglichen könne. Weiter wurde betont, daß Grundlage des Beirats eine auf breiter Basis zustandkommende Legitimation sein müsse; dazu solle im Vorfeld der Wahlen intensiv informiert und geworben werden. Aus der Beteiligung von Jugendlichen, deren konkrete Ausgestaltung in der Praxis später zu klären sein wird, könne der Stadtrat sicherlich wertvolle Impulse gewinnen und darüberhinaus Beratung aus „erster Hand“ in Angelegenheiten der Jugend erhalten.

Zusammenfassend erklärte Bürgermeister Brilmayer, daß der Stadtrat der Idee eines Jugendbeirates positiv und aufgeschlossen gegenüberstehe und seine Gründung und spätere Tätigkeit nach Möglichkeit unterstützen werde. Der im Herbst gewählte erste Jugendbeirat solle auf jeden Fall in den Sozialausschuß eingeladen werden.

TOP 3

Stadtjugendpflege;
Stellenbeschreibung

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Sozialausschusses vom 27.01.1998, TOP 1 vorberaten; im Einzelnen wird auf die Niederschrift hierzu verwiesen.

Stadtjugendpfleger Hölzer erläuterte dem Stadtrat nochmals kurz den Entwurf der Stellenbeschreibung, der dem Protokoll der obengenannten Sitzung als Anlage beilag.

Der Stadtrat war sich in der positiven Beurteilung dieses Entwurfes einig, insbesondere, da er das bei der Neuvergabe der Jugendpflegestelle zugrundegelegte Konzept verwirkliche. Allseits wurde festgestellt, daß die bisher von Herrn Hölzer geleistete Arbeit den in diesem Konzept enthaltenen Vorstellungen des Stadtrates entspreche und von den Jugendlichen der Stadt gut aufgenommen würde.

Der Stadtrat beschloß auf Empfehlung des Sozialausschusses einstimmig mit 20 : 0 Stimmen, dem vorgelegten Entwurf der Stellenbeschreibung als Grundlage für die Arbeit der Stadtjugendpflege inhaltlich in vollem Umfang zuzustimmen. Ausdrücklich wird dabei festgestellt, daß für die Stadtjugendpflege eine weitgehende Flexibilität von höchster Bedeutung ist, so daß die einzelnen Aufgabenfelder der Stellenbeschreibung je nach aktuellem Bedarf unterschiedliche Priorität erfahren werden.

Stellv. Bürgermeister Ried war bei Beschlußfassung noch nicht anwesend.

TOP 4

Änderung des Flächennutzungsplanes - Sondergebiet ALDI

a) öffentliche Auslegung; Behandlung der Anregungen

b) weiteres Verfahren

öffentlich

Dieser TOP wurde in der Sitzung des Technischen Ausschusses vom 26.05.1998, Lfd. Nr. 06 vorberaten.

a) öffentliche Auslegung; Behandlung der Anregungen

Landratsamt Ebersberg Schreiben vom 31.03.1998

Das Landratsamt stimmt der Planung grundsätzlich zu, weist jedoch daraufhin, daß aus der Sicht des fachlichen Immissionsschutzes die Abwägung der Schutzwürdigkeit der Umgebungsbebauung nicht mitgetragen werden kann.

Hierzu wird auf die Anregungen im Zuge der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der damals bereits durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hingewiesen. Bereits damals wurde in der immissionsschutzfachlichen Äußerung die umgebende Bebauung fälschlicher Weise nicht als Mischgebiet bewertet. Unabhängig davon ist durch die schalltechnische Verträglichkeitsuntersuchung durch das Büro Müller BBM nachgewiesen, dass die Orientierungswerte für ein allgemeines Wohngebiet eingehalten werden. Für den Bereich des festgesetzten reinen Wohngebietes werden auch diese Orientierungswerte nicht überschritten.

Die erneute Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde ist deshalb nicht nachvollziehbar.

Stadtrat Schurer erklärte im Namen der Fraktion der SPD, daß die Herabstufung eines Wohngebietes zu einem Sondergebiet nicht mitgetragen werden kann, insbesondere da von ihrer Seite der Standort des Aldimarktes nach wie vor nicht gutgeheißen wird. Er bat um Verständnis dafür, daß aus diesem Grund keine Zustimmung zu einer Zurückweisung der vorgebrachten Bedenken erfolgen kann.

Mit 15 : 5 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses, das Vorbringen des fachlichen Immissionsschutzes im Hinblick auf die Behandlung dieser Thematik im Rahmen der Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes als erledigt zu betrachten.

Wasserwirtschaftsamt München Schreiben vom 14.04.1998

Das Wasserwirtschaftsamt erhebt grundsätzlich keine Einwände und empfiehlt aber, die Entwässerung frühest möglich zu klären. Es weist außerdem darauf hin, dass die Mischwasserentlastung in die Weiherkette nicht erhöht werden darf. Außerdem bedauert das Wasserwirtschaftsamt, dass der Vorschlag, Flächen für die Wasserwirtschaft zur Regelung des Wasserabflusses gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB von der Stadt nicht aufgegriffen wurde.

Hierzu wird nochmals darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Flächennutzungsplanes Festsetzungen nach § 9 BauGB nicht möglich sind. Unabhängig davon ist die Regenwasserableitung im Sinne des Wasserwirtschaftsamtes bereits durch den Vorhaben- und Erschließungsplan gelöst. Bereits in der Begründung zum Vorhaben- und Erschließungsplan wurde klargestellt, dass die Weiherkette keinesfalls mit zusätzlichem Wasser belastet wird.

Mit 15 : 5 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses, das Schreiben des Wasserwirtschaftsamtes als erledigt zu betrachten.

b) weiteres Verfahren

Mit 15 : 5 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses die Flächennutzungsplanänderung i.d.F.v. 15.12.1997 samt Erläuterungsbericht festzustellen.

Stellv. Bürgermeister Ried war bei Beschlußfassung noch nicht anwesend.

TOP 5

Straßensanierung 1998;
Vergabe des Auftrages

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Technischen Ausschusses vom 21.07.1998, Lfd. Nr. 10 b, vorberaten.

Für das beschränkt- öffentlich ausgeschriebene Straßensanierungsprogramm 1998 unterbreitete die Fa. Überland, Unterföhring mit 216.233,28 DM das günstigste Angebot von insgesamt 10 Bietern. Baubeginn soll Mitte September sein; die einzelnen Maßnahmen werden im Innen- und Außenbereich je nach Dringlichkeit gegliedert. Stadtbaumeister Wiedeck erläuterte dies dem Stadtrat im Einzelnen.

Stadtrat Riedl bat zu prüfen, ob bei der geplanten Sanierungsmaßnahme in der Abt-Häfele-Straße (Teerung eines Seitenstreifens zur besseren Nutzung durch Radfahrer) statt der Südseite nicht sinnvollerweise die Nordseite geteert werden sollte, da südlich bei Regenfällen starke Ausschwemmungen aufträten und so keine lange Haltbarkeit wahrscheinlich sei.

Stadtrat Schuder bat dafür zu sorgen, daß die abfließenden Wässer möglichst nach Süden in die Wiese geleitet werden, um so Stauungen im tiefergelegenen Bereich der Straße zu vermeiden.

Stadtrat Berberich regte an den geteerten Streifen nicht als Radweg auszuweisen, damit die Nutzung für alle Verkehrsteilnehmer - insbesondere auch Fußgänger - und in jeder Richtung möglich ist.

Der Stadtrat beschloß auf Empfehlung des Technischen Ausschusses einstimmig mit 20 : 0 Stimmen, den Auftrag für die Straßensanierungsmaßnahmen 1998 an die Firma Überland, Hoch-, Tief- und Straßenbau GmbH und Co, Unterföhring zu vergeben.

Stellv. Bürgermeister Ried war bei Beschlußfassung noch nicht anwesend.

TOP 6

Innerörtliche Verkehrsführung;
Information über den Sachstand

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte den Stadtrat über den Sachstand zu den Überlegungen des Technischen Ausschusses hinsichtlich einer neuen Verkehrsführung im Innenstadtbereich, die abgesehen von verschiedenen noch notwendigen, behördlichen Genehmigungen kurz vor einer Lösung stehen. Er bat den Stadtrat die vom Technischen Ausschuss in eigener Zuständigkeit gefassten Beschlüsse zu bestätigen und so auf der Basis des gesamten Stadtrates mitzutragen.

Insgesamt wurden vom TA 10 Varianten geprüft; nach intensiven Abwägungen verblieb die vorgestellte Lösung, die nun möglichst noch im Herbst diesen Jahres für mindestens drei bis vier Monate in einem Fahrversuch getestet werden soll.

Die favorisierte Variante sieht als Hauptveränderung die Einführung eines Einbahnverkehrs in der Bahnhofstraße aus Richtung der Amtsgerichts-Kreuzung und in der weiteren Folge in der Heinrich-Vogl-Straße bis zur Gärtnereistraße vor. Dies bedeutet vor allem die Möglichkeit, die bisher 3-phasige Ampelschaltung an der AG-Kreuzung auf 2 Phasen zu reduzieren und so den dortigen Verkehrsfluß erheblich zu erhöhen. Desweiteren werden dadurch in Verbindung mit der Sperrung der „Rathausgasse“ die derzeitigen Problempunkte rund um das Rathaus entschärft. Der aus Norden kommende Verkehr darf somit die Heinrich-Vogl-Straße nur bergauf nutzen, wobei der Schwerlastverkehr, der Richtung Osten oder Süden fahren will, bis zur Gärtnereistraße geleitet wird und nur der entsprechende PKW-Verkehr die Eichthalstraße nutzen darf.

Für die vorgesehene Erprobungsphase im Herbst sind keine größeren Umbauarbeiten notwendig, so daß für den Fall eines Scheiterns ohne Probleme der derzeitige Zustand wiederhergestellt werden kann; lediglich die Parkplätze hinter dem Rathaus müssen gesperrt werden, um durch die so erreichte Fahrbahnverbreiterung an der südwestlichen Ecke des Rathauses den Begegnungsverkehr von LKW's zu erleichtern.

Insgesamt entstehen durch diese Verkehrsführung zwar längere Wege, allerdings wird der Verkehr besser fließen, so daß nicht mit höheren Emissionen zu rechnen ist.

Bürgermeister Brilmayer stellte fest, daß durch die vorgestellte Lösung sicher nicht alle Probleme des innerörtlichen Verkehrs gelöst, jedoch erheblich verringert würden.

Stadtrat Schurer schloß sich grundsätzlich der positiven Beurteilung dieses Lösungsmodelles an. Seiner Ansicht nach beruhe die Variante zwar auch einige Schwachstellen in sich, die jedoch im Vergleich zur aktuellen Situation nicht so gravierend seien. Ein erheblicher Nachteil sei allerdings die schwierige Verbindung für alle Bewohner der nördlichen Stadtbereiche in die Innenstadt.

Stadtrat Spötzl beanstandete ebenfalls diese schlechte Verbindungsmöglichkeit, die seiner Ansicht nach sicher zu einer überaus starken Belastung des Eggerfelds führen wird. Auch die Verbindung aus der Hupfauer Höhe nach Norden auf den Hauptverkehrswegen hält er für so umständlich, daß die Nutzung von „Schleichwegen“ durch die Wohngebiete vorprogrammiert scheint.

Auf den Einwand von Stadtrat Berberich, daß eine neue Verkehrsführung in der Innenstadt zu einer Verzögerung bei der Südumgehung führen könne, wurde aus der Mitte des Stadtrates entgegnet, daß die momentane untragbare Verkehrssituation unbedingt sofortiges Handeln erfordere. Die Antworten der Bundesregierung auf Anfrage bezüglich der Realisierung der 4 Ortsumgehungen an der B 304 von Zorneding bis Steinhöring lassen kaum eine schnelle Verwirklichung dieser Vorhaben vermuten, so daß eine momentane innerörtliche Lösung um so dringlicher ist.

Stadtrat Geislinger regte an, die Akzeptanz dieser Lösung in der Bevölkerung durch intensive Information zu erhöhen; hierzu sei beispielsweise eine Postwurfsendung an alle Haushalte geeignet.

Der Stadtrat beschloß mit 19 : 2 Stimmen, die bisherigen Beschlüsse des Technischen Ausschusses in Sachen innerörtliche Verkehrsführung zu bestätigen und den Technischen Ausschuß mit der Fortführung der Planungen auf der vorgestellten Basis und der Durchführung des Probelaufes zu beauftragen.

Änderung der Gebührensatzung Hallenbad

öffentlich

Im Zuge der Haushaltsberatungen 1998 wurde die Erhöhung der Eintrittsgebühren für das Hallenbad mit Wirkung vom 01.06.1998 wie folgt beschlossen:

Erwachsene Einzelpreis:	4,00 DM
Jugendliche Einzelpreis:	3,00 DM
Erwachsene Zehnerkarte:	30,00 DM
Jugendliche Zehnerkarte:	20,00 DM
Zuschlag am Warmbadetag für Einzelkarten:	1,00 DM

Der Entwurf der entsprechenden Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung des Hallenbades Ebersberg wurde nun dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.

Der Stadtrat beschloß einstimmig mit 21 : 0 Stimmen die vorlegte Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung des Hallenbades Ebersberg zu genehmigen.

TOP 8

Ferienausschuß des Stadtrates;

a) Benennung der Mitglieder

b) Termin

öffentlich

a) Benennung der Mitglieder:

Von den einzelnen Fraktionen wurden folgende Stadträte als Mitglieder des Ferienausschusses benannt:

CSU	Stadtrat Ostermaier Stadtrat Krug Stadtrat Spötzl Stadträtin Gruber
-----	--

SPD	Stadtrat Geislinger Stadtrat Mühlfenzl
-----	---

UWG	Stadtrat Heilbrunner
-----	----------------------

Grüne	Stadtrat Berberich
-------	--------------------

Nötigenfalls sind folgende Stellvertreter jeweils in der genannten Reihenfolge zu laden:

CSU	Stadtrat Schuder Stadtrat Abinger Stellv. Bürgermeisterin Anhalt Stadtrat Riedl
-----	--

SPD	Stadtrat August Stadtrat Schurer
-----	-------------------------------------

UWG	Stadträtin Seidinger
-----	----------------------

Grüne

Stadträtin Will

b) Termin:

Die Sitzungsferien des Stadtrates wurden für den Zeitraum vom 30. Juli bis zum 14. September 1998 festgelegt.

Die Sitzung des Ferienausschusses findet am 18. August 1998, 19.00 Uhr statt.

TOP 9

Verschiedenes

öffentlich

Für diesen Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 10

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Seitens der Stadträte wurden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.20 Uhr

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pfleger
Schriftführerin